

Uns am Dnjepr verteidigen?

geschrieben von Redaktion | 24. Juli 2023



Ein Schlag ins Gesicht für das Bild der Ukraine als unerschütterliche Bastion westlicher Werte sei ein Bericht des Europäischen Rechnungshofes vom September 2021 gewesen, berichtet Matthies. In dieser Studie, die den Titel «Bekämpfung der Grosskorruption in der Ukraine» trug, wurden einige schockierende Enthüllungen gemacht: Zwischen 2016 und 2020 hat sich an der «weitverbreiteten Korruption, mangelndem Vertrauen in die Justiz und ... Vereinnahmung des Staates durch Oligarchen» in der Ukraine nichts geändert. Dies sei «ein erhebliches Hindernis für die Entwicklung der Ukraine».

Zitat Matthies: «In der Ukraine beruht dies auf informellen Verbindungen zwischen Regierungsbeamten, Parlamentsmitgliedern, Staatsanwälten, Richtern, Strafverfolgungsbehörden (LEA), Geschäftsführern von staatseigenen Unternehmen und politisch vernetzten Einzelpersonen/Unternehmen. Auf zentraler Ebene gibt es rund 3.500 staatseigene Unternehmen, auf kommunaler Ebene 11.000».

Die Süddeutsche Zeitung fasst es noch mutiger zusammen: Die ukrainische Justiz, selbst nach «über zweieinhalb Jahrzehnten Reformversuchen», bleibt «immer noch durchgehend korrupt».

Politisches System: Enttäuschte Bevölkerung

Der von Matthies zitierte Wissenschaftler Wipperfürth fand 2019 heraus, dass 70 Prozent der Ukrainer glauben, ihr Land bewege sich in die falsche Richtung. Das US-Meinungsforschungsinstitut Gallup habe herausgefunden, dass nur neun Prozent der Ukrainer ihrer Regierung vertrauen. Ein weltweit beispiellos niedriger Wert.

Zwar sei die ukrainische Führung durch Wahlen legitimiert, doch spätestens seit 2015 sei die

Ablehnung von Präsident und Regierung weltweit einmalig.

Nur 12 Prozent der Befragten erwarteten ehrliche Wahlen. Die Ukraine sei der einzige Nachfolgestaat der Sowjetunion, dessen Pro-Kopf-Einkommen niedriger sei als 1991. Jährlich verliessen rund eine Million Ukrainer das Land, so dass die Überweisungen der Emigranten 2018 rund 10 Prozent des ukrainischen Bruttosozialprodukts ausmachten. In keinem europäischen Land seien die Löhne niedriger als in der Ukraine.

Immerhin wollte Wipperfurth damals nicht ausschliessen, dass die Wahl eines neuen Präsidenten im März 2019 etwas zum Positiven verändern könnte. Und bekanntlich gewann Selensky diese Wahlen, seine Partei „Diener des Volkes“ errang bei den anschliessenden Parlamentswahlen die absolute Mehrheit und verfügte damit über eine starke Mehrheit.

Die Ära Selensky: Eine Chance für den Wandel?

Als Selensky 2019 zum Präsidenten gewählt wurde, war die Hoffnung auf einen Wandel gross. Doch laut der Stiftung Wissenschaft und Politik hat sich das Bild seitdem «stark gewandelt». Matthias betont: «Vor allem ab Februar 2021 irritierte der Präsident viele Beobachter, indem er andere Verfassungsorgane und auch den Vorrang des Rechts bei wichtigen Entscheidungen ignorierte.»

Der Autor führt weitere Beispiele für Selenskys problematische Herrschaft an, darunter seine Entscheidung, die wichtigsten oppositionsnahen Nachrichtensender abzuschalten.

Selensky habe seine Präsidialadministration zum Zentrum der Entscheidungsfindung auf Kosten der Regierung und vor allem des gewählten Parlaments gemacht. Eine besondere Rolle spielte dabei der Sicherheitsrat, der dem Präsidenten untersteht und nicht gewählt wird.

Dieser Sicherheitsrat stoppte beispielsweise im Februar 2021 den Sendebetrieb der Fernsehsender ZIK, Newsone und 112, die im Bereich der Nachrichtensender führend waren. Sie standen der Partei «Oppositionsplattform – Für das Leben» nahe. Diese Partei hatte immerhin 44 Abgeordnete im Parlament. Vor allem aber lag sie damals in Umfragen mit 22 Prozent gleichauf mit Selenskys Partei. Der Sicherheitsrat bezeichnete das Verbot als „Sanktion“ und behauptete, die Sender seien zu Propagandainstrumenten des Kremls geworden (FAZ, 27.2.2021). Die SWP-Studie drückt es vornehmer aus: Selensky habe den Vorrang des Rechts negiert, mit anderen Worten: Er habe das Recht auf freie Meinungsäusserung verletzt und die Justiz ausgehebelt.

Insgesamt stellt die Studie fest, Selenskys Politik lasse ihn und sein Team in der Präsidialadministration „immer isolierter wirken“; mit seiner Politik gehe eine „tatsächliche Gefahr für die weitere Demokratisierung“ einher. Es zeichne sich ab, dass die Justiz als Instrument gegen politische Gegner eingesetzt werden könnte. Und schliesslich:

«Unter den westlichen Partnern gibt die Ukraine derzeit kein gutes Bild ab». Um es noch einmal zu wiederholen: Diese Feststellung stammt aus der Vorkriegszeit!

Auf dem Weg zur Autokratie?

Jenseits des Präsidenten entwickelt sich die Ukraine laut Matthias in eine besorgniserregende Richtung. Unter den Vorzeichen des Krieges seien bereits elf politische Parteien verboten worden. Ein neues Mediengesetz, das im Dezember 2022 unterzeichnet werden soll, gibt dem Nationalen Rat für Fernsehen und Radio immense Macht. Der Europäische Journalistenverband kritisiert, dass dieses Gesetz «den Schatten eines Diktators» auf Selensky werfe.

Vor kurzem ist das neue Sprachengesetz in Kraft getreten. Überregionale Zeitungen und Zeitschriften

müssen nun auf Ukrainisch erscheinen. Russische Ausgaben sind zwar nicht verboten, aber parallel dazu muss eine ukrainische Version in gleicher Auflage gedruckt werden. Die betroffenen Verlage werden damit in den Ruin getrieben. Das Gesetz richtet sich offensichtlich gegen die russische Sprache, die von mindestens 30 Prozent der Bevölkerung gesprochen wird.

Die Sprachen anderer ethnischer Gruppen wie Ungarn oder Polen sowie die Sprachen der EU und Grossbritanniens sind von dem Gesetz ausgenommen. Buchhandlungen müssen mindestens 50 Prozent ihres Bestandes in ukrainischer Sprache anbieten. Russischsprachige Redner müssen bei Vorträgen, Shows und Konzerten immer ins Ukrainische übersetzt werden. Die FAZ stellt fest: «Leidtragende sind russischsprachige ukrainische Schriftsteller und Wissenschaftler, deren Tätigkeitsfeld stark eingeschränkt wird.» (FAZ, 17. Januar 2023)

Inzwischen verdichten sich die Anzeichen, dass auch die «Ukrainische Orthodoxe Kirche» verboten werden soll, obwohl sie sich vom russischen Angriffskrieg distanziert hat. Der Münsteraner Theologe Thomas Bremer fordert eine dringende Korrektur dieser Religionspolitik der ukrainischen Regierung und spricht von Millionen Gläubigen, «die mitten im Krieg als russische Agenten stigmatisiert werden». (FAZ.net 7. Januar 2023)

Wie Selensky die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte in seinem Land trotz internationalem Protest systematisch aushöhlt, zeigt unter anderem ein Artikel im [nd](#)

Fazit

Matthies betont, dass es bei der Analyse der Situation in der Ukraine darum geht, hinter die idealisierten Bilder zu blicken, die in der westlichen Berichterstattung oft vorherrschen. Die Ukraine kämpfe um ihre territoriale Integrität und Sicherheit. Nur: die Behauptung, die ukrainische Regierung kämpfe dabei für Demokratie und Rechtsstaat, lasse sich nicht aufrechterhalten, und dies nicht erst seit dem Kriegsbeginn. Auch die zweite oft zu hörende Behauptung, Russland kämpfe gegen die Ukraine, weil diese den russischen Staatsbürgern eine strahlende Alternative zu ihrer autoritären Ordnung vorlebten, wirke ziemlich fehl am Platze.

Und noch eins: die beschriebenen Entwicklungen sind zumindest den intelligenten Vertretern unserer Medien natürlich auch bekannt. Aber offenbar haben sie sich entschieden, nicht oder nur am Rande darüber zu berichten und es schon gar nicht zu kritisieren (wenige Ausnahmen bestätigen die Regel). Damit lassen sie die Propaganda vom Kampf um westliche Werte wider besseres Wissen blühen und verfehlen ihre Aufgabe, wie sie etwa der Journalist Hanns Joachim Friedrichs beschrieben hat:

„Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten, nicht in öffentliche Betroffenheit versinken... Nur so schaffst Du es, dass die Zuschauer Dir vertrauen.“